

Berlin intern



Informationsschrift des CDU-Bundestagsabgeordneten Erich G. Fritz
für den Wahlkreis Dortmund

Regierungserklärung Kanzler Schröders ließ eine ehrliche Bilanz der Reformen vermissen

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat in seiner Regierungserklärung zur Agenda 2010 wie erwartet eine positive Bilanz seiner bisherigen Reformen gezogen. Er hob hervor, dass die Wirtschaftsstagnation überwunden sei, verteidigte finanzielle Einschnitte für viele Bürgerinnen und Bürger, unterstrich die Notwendigkeit einer Ausbildungsplatzabgabe und kündigte eine Bildungs- und Familienoffensive an, die er mit der Streichung der Eigenheimzulage und Goldverkäufen finanzieren will.

Die Oppositionsparteien konnten der Reformpolitik der Bundesregierung nichts anderes als ein ungenügendes Zeugnis ausstellen. Zwar stellt niemand in Abrede, dass die Koalition erste Reformen begonnen hat, doch können keine Früchte geerntet werden, wenn das Begonnene nicht zu Ende gebracht wird.

Vieles blieb unausgesprochen. Es fehlten Aussagen zur Fortsetzung der Reformen in der sozialen Sicherung, im Steuerrecht oder im Streit um die Kosten des Umweltschutzes. Da hat ein Kanzler gesprochen, der den Schein wahren will. Ein Kanzler, der es mit den Bürgern ehrlich meint, hätte ihnen zum Beispiel gesagt, dass in wenigen Wochen Länder zur EU gehören werden, deren Steuersätze oder auch Lohnkosten deutlich niedriger sind. Wo aber blieb vor diesem Hintergrund die Ankündigung für die dringend notwendige Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, wo ein für ausländische wie

heimische Unternehmen international konkurrenzfähiges Steuersystem?

Eine ehrliche Bilanz der Reformprojekte ließen sowohl Schröder als auch Müntefering vermissen. Jüngste Nachrichten über den Neuzuschnitt der Bundesanstalt für Arbeit oder die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hatz IV) lassen Schlimmes ahnen.

Sonderparteitag der SPD

Der SPD-Sonderparteitag vom 21. März 2004 in Berlin war ein Parteitag der verdrängten Realitäten. Er war unspektakulär und von Harmonie geprägt. Es gab keine kontroversen Debatten und keine Beschimpfungen der Parteiführung. Mit der personellen Erneuerung an der Spitze hat die SPD den Versuch unternommen, den drohenden Zerfall von Partei und politischer Macht zu stoppen.

Inhaltlich ist die SPD nicht von ihren Positionen der Agenda 2010 abgerückt. SPD-Projekte wie die Ausbildungsplatzabgabe, die Vermögens- und Erbschaftssteuer und die Bürgerversicherung setzen auf staatliche Lenkung und eine hohe Abgabenlast. Das zeigt, dass mit der

Kontakt

Erich G. Fritz MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227-73111
Fax (030) 227-76733
erich.fritz@bundestag.de
www.erich-fritz.de

SPD kein Mehr an Eigenverantwortung, kein Wandel und keine Flexibilität realisiert werden kann.

Dass der Parteitag die innerparteilichen Kontroversen nur kurzzeitig überbrücken konnte, zeigt die Debatte über die Ausbildungsplatzabgabe. Die SPD-geführten Länder stehen gegen die Bundes-SPD, der Wirtschaftsminister gegen die Bildungsministerin und die einen Gewerkschaften (IG BCE, IG Bau) gegen die anderen (IG-Metall, ver.di).

Zu den innerparteilichen Streitigkeiten kommen zunehmend Koalitionsschwierigkeiten hinzu. Neben der Auseinandersetzung um den Export der Hanauer Brennstäbelfabrik nach China sowie die Zuwanderung und die Anforderungen an die innere Sicherheit im Rahmen der Terrorismusbekämpfung gibt es nach wie vor Uneinigkeit zwischen Wirtschaftsminister Clement und Umweltministerin Trittin in der Energiepolitik.

Emissionshandel – Zeitziel ist kaum noch zu halten

Bis heute konnten sich die Minister Clement und Trittin nicht auf die Ausgestaltung des Nationalen Allokationsplans (NAP), dem Kernstück bei der Umsetzung des Emissionshandels in Deutschland, einigen. Damit ist das Ziel, den die Zuteilung der Emissionsrechte regelnden NAP bis zum 31. März 2004 nach Brüssel zu melden, kaum noch zu realisieren.

Aus Sicht der Union überfordert Umweltminister Trittin die deutsche Wirtschaft. Seinen Plänen zufolge soll der CO₂-Ausstoß grundsätzlich um 3,6% reduziert werden, obwohl die erste Handelsperiode des Emissionshandels von 2005-2007 als Testphase ausgelegt ist. Da Deutschland bereits Vorreiter beim CO₂-Abbau ist, würde eine Absenkung um 1% - 1,5% in der Einführungsphase des Emissionshandels vollkommen ausreichen. Unternehmen, die keine zusätzlichen Zertifikate aus Sonderöpfen oder Reserven erhalten, sollen den CO₂-Ausstoß nach Trittins Vorstellungen sogar um mehr als 7% reduzieren.

Die Union plädiert beim Emissionshandel für einen mittleren Weg. In der ersten Phase des Emissionshandels kann auch mit deutlich niedrigeren Reduktionsraten das umweltpolitische Ziel erreicht werden, den CO₂-Ausstoß bis 2012 um 21% zu reduzieren. Die Absenkungskurve muss deutlich flacher verlaufen als Umweltminister Trittin dies verlangt.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert Bundeskanzler Schröder auf, in den Streit um den Emissionshandel einzugreifen, denn offenkundig scheint eine Balance zwischen ökologischen Ansprüchen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten anders nicht zu erzielen zu sein.

Ausbildungsplatzabgabe schafft keine zusätzlichen Arbeitsplätze

Die zahlreichen Diskussionen und Studien der letzten Monate haben gezeigt, dass niemand mit einer Ausbildungsplatzabgabe einen Ausbildungsplatz erhält. Vielmehr werden die Betriebe zusätzlich belastet und Arbeit in Deutschland wird noch teurer.

Obwohl sich alle Bundesländer, die Arbeitgeber und selbst viele Lehrstellen suchende Jugendliche gegen das Vorhaben von Rot-Grün aussprechen, soll die Ausbildungsplatzabgabe kommen.

Für die Union steht fest: Wer Ausbildungs- und Arbeitsplätze schaffen will, muss die Steuer- und Abgabenlast der Unternehmen reduzieren, den Arbeitsmarkt entriegeln, Vorschriften entbürokratisieren und ein innovationsfreundliches Klima schaffen.

Wir müssen gleichzeitig das System der dualen Berufsausbildung wieder attraktiver machen. Das kann nur gelingen durch:

- stärkere Differenzierungen der Ausbildungsgänge je nach Begabungen,
- stärkere Orientierung der Ausbildungsinhalte an betrieblichen Erfordernissen,
- Entbürokratisierung des Prüfungsverfahrens,
- Internationalere Ausgestaltung,
- Modernisierung der Berufsbilder.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat bereits im Sommer 2003 Eckpunkte für eine Modernisierung des Berufsbildungsrechts vorgelegt (Drucksache 15/1348), auf dessen Grundlage in Kürze ein Gesetzentwurf beschlossen werden soll.

Bekämpfung der Schwarzarbeit muss bei den Ursachen ansetzen

Die Anhörung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages hat ergeben, dass das Ziel des Gesetzes, Schwarzarbeit und die damit verbundene Wirtschaftskriminalität zu verhindern, nicht erreicht wird.

Es ist falsch, nur auf repressive Maßnahmen zu setzen. Solche Maßnahmen stoßen nämlich an die Grenzen der Wirksamkeit, wenn ein entsprechendes Unrechtsbewusstsein nicht vorhanden ist und Anreize für die Aufnahme legaler Beschäftigung fehlen.

Eine wesentliche Schwachstelle ist die im Gesetzentwurf gefundene Regelung zur Zusammenarbeit von Zoll, Polizei und Steuerfahndung. Die Gefahr ist groß, dass die beschränkte Form der Zusammenarbeit zu Ermittlungs- und Beweislücken führt. Aufgrund der restriktiven Datenübermittlung wird sich die Polizei letztlich aus der Schwarzarbeitsbekämpfung zurückziehen müssen.

Entscheidend ist nach Auffassung der Sachverständigen die Vereinfachung des Arbeits- wie des Steuerrechts. Dies zeigt etwa die von der Union initiierte Mini-Job-Regelung. Die Union hat mit ihren Vorschlägen zur Deregulierung des Arbeitsmarktes und zur Modernisierung des Steuerrechts richtige Maßnahmen zur Hand.

Gewinneinbruch der Bundesbank ist Quittung für Schröders halbherzige Politik

Mit nur 248 Mio. € ist der an den Bund abzuführende Bundesbankgewinn der niedrigste seit 1988. Er liegt um über 3 Mrd. € unter dem Haushaltssoll, womit die Finanzierungslücke

von Finanzminister Eichel entsprechend wächst.

Der auf ein Zwanzigstel des Vorjahresergebnisses zusammengeschrumpfte Bundesbankgewinn ist nicht nur Folge der niedrigen Zinsen und des hohen Euro-Kurses. In ihm drückt sich auch die mangelnde wirtschaftliche Aktivität in Deutschland aus.

Noch deutlicher als die Deutsche Bundesbank hat die Europäische Zentralbank Zweifel an den Wachstumserwartungen der Bundesregierung geäußert. So hat EZB-Präsident Trichet in einem Handelsblatt-Artikel vom 24.03.04 ausgeführt, das deutsche Wirtschaftswachstum leide nicht zuletzt aufgrund der verbraucherverunsichernden Regierungspolitik unter dem zurückhaltenden privaten Verbrauch.

Union plädiert für Einsatz der Bundeswehr im Innern

Die Terroranschläge von Madrid haben die Verwundbarkeit von freiheitlich-demokratischen Ländern ebenso wie die Notwendigkeit einer sicherheitspolitischen Debatte innerhalb Deutschlands deutlich gemacht. Das Verschwimmen von Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit macht neue Handlungsmöglichkeiten erforderlich.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat daher einen Entwurf zur Änderung des Grundgesetzes mit dem Ziel eingebracht, den Einsatz der Bundeswehr im Innern zu ermöglichen (Drucksache 15/2649).

Die von der Union vorgeschlagene Neufassung des Artikels 35 des Grundgesetzes soll zulassen, im Falle einer terroristischen Bedrohung auf Anforderung eines Landes die Streitkräfte zum Schutz ziviler Objekte einzusetzen, wenn Polizeikräfte zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung nicht mehr ausreichen. Darüber hinaus soll in Artikel 87 a des Grundgesetzes klar gestellt werden, dass die Streitkräfte zur Abwehr von Gefahren aus der Luft und von See her eingesetzt werden dürfen, wenn dies zur Bekämpfung von Gefahren erforderlich ist.

Zustimmung zum Zuwanderungsgesetz nur bei einem Mehr an Sicherheit

Die Terroranschläge von Madrid haben auch deutlich gemacht, dass das Thema Sicherheit nicht aus den Verhandlungen zum Zuwanderungsgesetz ausgeklammert werden darf. Gesetzeslücken im Zusammenhang mit Ausländern, die Straftaten begangen haben könnten, müssen geschlossen werden. Extremistische Ausländer, die die Sicherheit Deutschlands gefährden, müssen leichter ausgewiesen werden können und auch bei den Einreisebestimmungen muss die Sicherheit des Landes Vorrang haben vor den Interessen derer, die einreisen möchten.

Aus Unionsicht sind vor allem Verfahrensbeschleunigungen erforderlich:

- Beschränkung des (dreizügigen) Instanzenzuges auf eine Gerichtsinstanz,
- Beschränkung der gerichtlichen Aussetzungsbefugnis des Sofortvollzugs,
- Einrichtung einer zentralen Einlader- und Warndatei, die sicherheitsrelevante Daten zentral speichern und den Visum erteilenden Behörden abrufbar vorliegen soll,
- Beteiligung des Bundesinnenministeriums am Visa-Erteilungsverfahren.

Union für Verbesserungen beim Wiedereinstieg in den Beruf und für Ausbau und Förderung der Tagespflege

Die Union fordert in dem Antrag „Frauen und Männer beim Wiedereinstieg in den Beruf fördern“ (Drucksache 15/1983), Erziehenden die Wiederaufnahme einer Beschäftigung zu erleichtern, in dem bedarfsgerechte Betreuungsangebote geschaffen werden und Eltern mehr Zeitsouveränität erhalten. Dazu gehören flexible Arbeitszeiten, Ausbau von Telearbeitsplätzen und auch Weiterbildungsangebote.

Mit unserem Antrag zum Ausbau und zur Förderung der Tagespflege (Drucksache 15/2651) wollen wir die Wünsche von Eltern nach mehr Wahlfreiheit bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen.

Dafür ist eine Verbesserung der Rahmenbedingungen der Tagespflege sowie der Qualifizierung von Tagesmüttern notwendig. Deshalb fordern wir die Aufwertung dieser Form der Kinderbetreuung insbesondere durch eine stärkere materielle Förderung und eine bessere Qualitätssicherung.

Die Gewinnung, Qualifizierung, Beratung und Vermittlung von Tagespflegekräften könnte z.B. durch die Errichtung eines sogenannten Tagespflegestützpunktes besser gesichert werden. Denkbar ist, solche Tagespflegestützpunkte beim Jugendamt, aber auch an einem Kindergarten oder einem Mütterzentrum zu errichten.

Nominierung von Horst Köhler

Mit der Nominierung Horst Köhlers zum Kandidaten für die Bundespräsidentenwahl am 23. Mai diesen Jahres präsentieren CDU/CSU und FDP einen Kandidaten, der über eine breite nationale und internationale Erfahrung verfügt. Diese kann im Zeitalter der Globalisierung für Deutschland von großem Nutzen sein.

Unter www.cdu.de gibt es eine Sonderseite über Horst Köhler, die neben einem Porträt auch Positionen des Kandidaten und Informationen über die Wahl des Bundespräsidenten enthält.

Union weiter vor der SPD

Der jüngsten Umfrage des Instituts Infratest dimap zufolge behielt die CDU/CSU mit einer Wählerzustimmung von 48 Prozent ihre bundesweit klar dominierende Stellung. Die Sozialdemokraten haben sich leicht verbessert. Sie kamen auf 26 Prozent nach 25 Prozent im Vormonat. Die Grünen verzeichneten elf Prozent, die FDP verharrte bei sechs Prozent.

In NRW liegt die CDU nach einer dimap-Landesumfrage von Anfang März mit 48 Prozent am Rand der absoluten Mehrheit vor der SPD mit 32, den Grünen mit zehn und der FDP mit sechs Prozent.

Redaktionsschluss: 26. März 2004